



POSTRAUB Gegen weitere Zerschlagung

Was ist bei unserer Post los? Zuerst will das Management hunderte Postämter zusperren. Dann dachte man daran, die eigene Briefzustellung zu privatisieren: Nicht mehr die Post-Briefträger sollten unsere Briefe bringen, sondern schlechter bezahlte Beschäftigte einer Subfirma. Statt mit 35.000 Euro pro Jahr und Briefzusteller will man mit 25.000 Euro pro Person auskommen. Die aktuelle Lösung: Neu eingestellte Briefträger bekommen einen neuen, schlechteren Kollektivvertrag – mit dem Segen der Gewerkschaft!

Die Aktionäre bekommen heuer 2,10 Euro Dividende pro Aktie. Kein anderes Unternehmen an der Wiener Börse zahlt dermaßen viel. Größter Aktionär ist mit 51 % der Staat, der am meisten von den unmenschlichen Personalmaßnahmen hat. Für die KPÖ darf es so nicht sein. Ein korrekter Umgang mit den Arbeitenden steht an erster Stelle. Die KPÖ ist für eine gänzliche Rückverstaatlichung der Post.

Die KPÖ ist im Landtag tätig geworden und hat gegen die geplanten Verschlechterungen bei der Post protestiert. Die Rücknahme der Teilprivatisierung der Post und die Aussetzung der EU-Liberalisierungsrichtlinie im österreichischen Postbereich wird gefordert. Außerdem soll sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass in der Steiermark keine weiteren Postämter mehr geschlossen werden. Fazit: Voves und Co. stimmten im Landtag gegen die Wiederverstaatlichung der Post und somit für die Zerschlagung unserer Infrastruktur.



Nach KPÖ-Antrag soll Strom ebenso wie Erdgas für Steirerinnen und Steirer billiger werden.

ALTERNATIVE ENERGIEFORMEN

Energieoffensive für die Steiermark

Mit den Stimmen von ÖVP, Grünen und KPÖ hat der Landtag beschlossen, eine Energieoffensive Steiermark zu starten.

Damit sollen in den nächsten fünf Jahren jährlich 13 Millionen Euro aus dem Landeshaushalt sowie 30 Millionen aus den ungebundenen Rücklagen der Energie Steiermark AG (EStAG) für die Förderung von Investitionen in erneuerbare Energieträger verwendet werden.

Gedacht ist an die Unterstützung von Investitionen in Biomasse- und Solaranlagen, aber auch an die Einrichtung eines Energiesparfonds, der Projekte unterstützt, die ein-

kommensschwachen Haushalten dabei helfen, die Energiekosten zu senken.

Eine tatsächliche Umsetzung dieses Programms würde unzählige neue Arbeitsplätze schaffen bzw. bestehende sichern helfen. Gerade in Zeiten der Krise sind derartige Beschäftigungsprogramme dringend geboten.

Strom- und Gaspreis senken

Auf Antrag der KPÖ wurde ein für die steirischen Haushalte wichtiger Punkt in den Beschluss aufgenommen: Landeshauptmann Franz Voves muss als Eigentümervertreter der Energie Steiermark AG auf diese einwirken, dass die

derzeit überhöhten Strom- und Gaspreise für den Endverbraucher nachhaltig gesenkt werden.

Deshalb hat die KPÖ auch dafür Sorge getragen, dass die Mittel der Energie Steiermark für diese Energieoffensive nicht – wie ursprünglich geplant – aus einer Sonderdividende, sondern aus den vorhandenen Rücklagen zu finanzieren sind.

Die Gewinne der Energie Steiermark werden ohnehin lediglich zu rund 25 % mit den Haushaltskunden verdient. Es spricht somit nichts dagegen, trotz Bereitstellung von Mitteln für eine Energieoffensive, die Energiepreise für Haushalte nachhaltig zu senken.